



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten

vom 10.10.2025 bis 17.10.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

China: 30 Christen verhaftet	3
China: Prominenter Untergrund-Pastor verhaftet	4
Deutschland-China: Chinesische Christen finden ihren Platz in Deutschland	5
Deutschland: Aus dem Landgericht Karlsruhe	6
Deutschland: Bericht zur weltweiten Religionsfreiheit und Verfolgung von Christen vorgestellt	7
Deutschland: Brand in Kirchturm verursacht hohen Schaden	9
Deutschland: Kirchengemeinde gibt größte Kirche in Solingen auf	10
Deutschland: SELK- Gemeinde will Autobahnkirche verkaufen	11
Estland: Evangelisation " Festival der Hoffnung "	12
Gegen Antisemitismus: Tausende Christen bei nationaler Gebetsnacht	13
Israel: Feuerpause in Kraft	15
Israel: Freilassung der Geiseln - „Das ist ein Grund zum Jubeln“	17
Kirgisistan: Razzia und Geldstrafen gegen Baptisten	19
Madagaskar: Präsident Rajoelina verlässt das Land	20
Madagaskar: "Ein Bürgerkrieg stand kurz bevor"	21
Mexico: Vermisster Priester tot aufgefunden	22
Pakistan: 13 Jahre in Haft: Pastor stirbt drei Tage nach Freilassung	23
Pakistan: Konflikt an der Grenze zu Afghanistan	24
Peru: Erster Amazonas-Wassergipfel der katholischen Kirche	25
Russland: Christlicher Radiosender kann weiter senden	26
Russland: Gottes Nähe im Schmerz	27
Sudan: Hilfe für Gehörlose	28
Ukraine: Gemeindeleben unterbrochen	29

China: 30 Christen verhaftet

Sie gehören einer der bekanntesten Untergrundkirchen des Landes an

Beihai (IDEA) – Bei einer landesweiten Razzia hat die chinesische Polizei rund 30 Christen einer Untergrundkirche festgenommen. Das berichtet das Nachrichtenportal Radio Free Asia (RFA). Es handelt sich dabei um Mitglieder der protestantischen „Zion Church“, einer der bekanntesten Kirchen des Landes. Wie Familienangehörige und ein Sprecher der Gemeinde bestätigten, ist unter den Festgenommenen auch der Gründer der Kirche, Pastor Jin Mingri. Er wurde am Abend des 10. Oktober in der südchinesischen Stadt Beihai (Provinz Guangxi) verhaftet. Die anderen Mitglieder sollen in mehreren Städten festgenommen worden sein – darunter in Peking, Schanghai sowie den Provinzen Zhejiang, Sichuan, Henan, Shandong und Guangxi. Pastor Jin wird laut einem Haftbescheid verdächtigt, „Informationsnetzwerke illegal genutzt“ zu haben. Seine Tochter äußerte sich besorgt über seinen Gesundheitszustand. Ihr Vater sei Diabetiker und auf Medikamente angewiesen. Anwälten sei der Zugang zu den Inhaftierten bislang verweigert worden.

Festnahme nach Inkrafttreten neuer Vorschriften

Die „Zion Church“ wurde 2007 in Peking gegründet. Die Mitgliederzahl wuchs innerhalb weniger Jahre auf 1.000 Personen. Im Jahr 2018 wurde die Kirche jedoch von den Behörden geschlossen. Die Mitglieder trafen sich weiterhin heimlich. Die „Zion Church“ zählt laut dem Gemeindesprecher rund 5.000 regelmäßige Besucher in fast 50 Städten. Außerdem überträgt sie ihre Predigten über Zoom. Die Festnahmen erfolgten wenige Wochen nach Inkrafttreten neuer Vorschriften, mit denen Chinas Behörden nicht genehmigte religiöse Online-Inhalte unterbinden wollen. Beobachter sehen darin eine Verschärfung der Kontrolle über religiöse Gemeinschaften, die sich der staatlichen Aufsicht entziehen.

Rubio: Kommunistische Partei zeigt Feindschaft gegenüber Christen

In einer am 12. Oktober veröffentlichten Stellungnahme forderte der US-Außenminister Marco Rubio die sofortige Freilassung der festgenommenen Pastoren: „Diese Razzia zeigt einmal mehr, wie feindselig die Kommunistische Partei Chinas gegenüber Christen auftritt, die sich der Einmischung der Partei in ihren Glauben widersetzen und sich dafür entscheiden, in nicht registrierten Hauskirchen zu beten.“ Diese Gemeinden stehen in China seit Jahren unter Beobachtung. Nach Angaben des US-Außenministeriums werden in China jährlich Tausende Menschen wegen nicht genehmigter Religionsausübung festgenommen. Auf dem Weltverfolgungsindex des christlichen Hilfswerks Open Doors ist die Volksrepublik zuletzt von Rang 19 auf Rang 15 jener Länder vorgerückt, die Christen am stärksten verfolgen. Offiziell erkennt die Kommunistische Partei Chinas nur die staatlich gelenkte protestantische Drei-Selbst-Kirche und die Chinesische Katholisch-Patriotische Vereinigung an.

China: Prominenter Untergrund-Pastor verhaftet

In China wurden bei einer Razzia gegen eine Untergrundkirche mehrere Pastoren festgenommen. Der Beauftragte für Religionsfreiheit, Thomas Rachel, kritisiert das chinesische Vorgehen gegen die Kirche.

(PRO - Das christliche Medienmagazin/ von Martin Schlorke/ 14. Oktober 2025) Bei einer landesweiten Razzia haben chinesische Behörden in der vergangenen Woche mehrere Pastoren der protestantischen Untergrundkirche „Kirche von Zion“ verhaftet – darunter den Gründer Jin Mingri. Einige Pastoren sollen mittlerweile wieder auf freiem Fuß sein. Wie die Nachrichtenagentur AFP berichtet, wurde Jin wegen des „Verdachts der illegalen Nutzung von Informationsnetzwerken“ festgenommen. Im Zuge der Razzia wurden Computer und Handys konfisziert.

Seit Donnerstag hat die Polizei Mitglieder der Kirche in Shanghai, Peking, Zhejiang, Guangxi, Shandong, Sichuan und Henan festgenommen. Das geht aus einer von Kirchenmitgliedern zusammengestellten Liste hervor, die AFP vorliegt. AFP berichtet zudem, dass sich neben Jin mindestens sieben weitere Personen in Haft befinden. Ihnen drohen wegen „der illegalen Verbreitung religiöser Informationen über das Internet“ Strafen.

Kritik aus dem Ausland

Am Dienstag kritisierte der Beauftragte der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Thomas Rachel (CDU), die chinesischen Behörden. „Ich verurteile die Verletzung der Religionsfreiheit und fordere die sofortige Freilassung aller Kirchenmitglieder.“ Zudem bemängelte Rachel, dass die Kirche „regelmäßig durch staatliche Behörden kriminalisiert und schikaniert“ wird.

Jin hatte die Kirche 2007 in Peking gegründet. 2018 wurde sie von den Behörden aufgelöst. Seitdem hält die Kirche neben kleinen Versammlungen in 40 chinesischen Städten auch Gottesdienste per Videokonferenz ab.

Auch die US-Regierung verurteilt die Verhaftungen. US-Außenminister Marco Rubio forderte die „sofortige Freilassung“ der Festgenommenen. Diese Razzia zeige, wie feindselig die Kommunistische Partei gegenüber Christen auftrete.

Deutschland-China: Chinesische Christen finden ihren Platz in Deutschland

Chinesische Christen engagieren sich zunehmend auch in Deutschland. Viele stehen dem „Forum für Mission unter Chinesen“ nahe. IDEA-Redakteur Daniel Scholaster stellt das Netzwerk vor.

(IDEA) Auf der Internationalen Automobilausstellung (IAA) in München stehen sie zwischen glänzenden Autos und neugierigen Besuchern: Chinesische Christen verteilen Bibeln und evangelistische Literatur, teilweise gemeinsam mit deutschen Christen. Dabei hilft ihnen das [„Forum für Mission unter Chinesen“](#) (FMC) mit Sitz in Hannover. Dessen Geschäftsführer Jens Peter Lux berichtet von einer Vielzahl chinesischer Bibelkreise und Gemeinden, die sich heute über das ganze Land verteilen. Die Arbeit reicht von Literaturangeboten über Seminare und Tagungen bis hin zur Vermittlung von Kontakten zu chinesischen Gemeinden. Ein zentrales Arbeitsfeld ist die Betreuung chinesischer Studenten, von denen viele in Deutschland erstmals mit dem christlichen Glauben in Berührung kommen. Auf der Internetseite des Forums gibt es eine Übersicht chinesischer Gemeinden in Deutschland. Die erste Generation stammte von chinesischstämmigen Flüchtlingen ab, die in den 70er Jahren während des Vietnamkriegs von Vietnam nach Deutschland geflohen waren. Außerdem gab es in dieser Zeit bereits einzelne Studenten und Geschäftsleute aus Taiwan und Hongkong. Seit den 80er Jahren kamen dann immer mehr Studenten und Akademiker aus der Volksrepublik China.

3.000 bis 4.000 chinesische Evangelikale halten sich zum FMC

Chinesische Christen leben heute vor allem in Universitätsstädten und Ballungsräumen. Lux nennt Heidelberg, Göttingen, Hannover und kleinere Orte wie Bad Sooden-Allendorf, wo internationale Hochschulkooperationen viele Studenten anziehen. Auch in Hamburg hat sich die „Chinesische Christliche Gemeinde“ zu einer größeren Gemeinschaft mit rund 90 Mitgliedern und etwa 120 Gottesdienstbesuchern entwickelt. Heute zählt das Forum rund 3.000 bis 4.000 Christen in Deutschland – bei schätzungsweise 200.000 Chinesen in Deutschland. Im Netzwerk arbeiten vor allem klassisch evangelikale Gemeinden mit, während Katholiken oder Pfingstler meist eigenständig organisiert sind. Das Forum berät Christen, die den Kontakt zu Chinesen suchen, und unterstützt sie darin, sensibel und respektvoll auf kulturelle Unterschiede einzugehen. Neben Studenten gehören auch chinesische Frauen, die mit deutschen Männern verheiratet sind, zur Zielgruppe. Viele fühlen sich einsam und sind dankbar für Kontakte zu chinesischen und deutschen Gemeinden. Das Forum bietet für jede Zielgruppe passende chinesische Literatur an, um das Evangelium zu vermitteln.

Zwischen den Welten

Lux beobachtet, dass sich viele chinesische Kinder und Jugendliche der einheimischen Kultur annähern. „Sie besuchen die chinesischen Gottesdienste, aber sie fühlen sich zunehmend deutsch“, erklärt er. Daraus erwachsen neue Herausforderungen für die Jugendarbeit. Deshalb hat der 57-Jährige selbst begonnen, „mich auf meine alten Tage in der Jugendarbeit einzubringen“. Chinesische Jugendliche seien grundsätzlich offen für deutschsprachige Angebote wie ein regelmäßig stattfindendes Jungscharcamp, zu dem 120 bis 130 Jugendliche zusammenkommen. Sie nehmen auch am deutschen Bibelunterricht teil und stellen Fragen zur deutschen Kultur. Lux sieht darin ein Potenzial für die Gemeinden: „Sie können durch die internationalen Besucher selbst wachsen und sich stärken.“ Die Vernetzung trägt zunehmend Früchte: Im Jahr 2024 trafen sich 25 chinesische Missionare beim „German Chinese Co-Worker Meeting“ (Deutsch-chinesisches Mitarbeitertreffen) in Bad Blankenburg. „An der gleichen Stelle war 1896 ein Foto aufgenommen worden, auf dem der China-Missionar Hudson Taylor im Kreis der damaligen Leiter der Evangelischen Allianz steht“, wie Lux mit Begeisterung erzählt. Es sei beeindruckend, zu sehen, wie sich die Arbeit unter Chinesen seit damals entwickelt habe.

Deutschland: Aus dem Landgericht Karlsruhe

Prediger aus Pforzheim erneut wegen Volksverhetzung verurteilt

(Von Christian Biefel / jesus.de/ 10. Oktober 2025) Das Landgericht Karlsruhe hat einen Prediger der früheren Pforzheimer „Baptistenkirche Zuverlässiges Wort“ in einem Berufungsverfahren am Donnerstag wegen Volksverhetzung erneut verurteilt. Das Gericht erlegte dem aus Österreich stammenden Andy Shamoon eine Geldstrafe von 6.750 Euro auf. Das entspricht 150 Tagessätzen zu 45 Euro. Damit ist die geforderte Strafzahlung höher als die des zugrundeliegenden Urteils des Amtsgerichts Pforzheim. Dieses hatte 6.000 Euro Strafe veranschlagt. Innerhalb einer Woche hat der Verurteilte nun das Recht, Revision zu beantragen.

Dem Urteil der Volksverhetzung liegen mehrere Predigtaussagen des 33-Jährigen zugrunde. Unter anderem verglich er in einer Predigt aus dem Jahr 2023 homosexuelle Menschen mit weggeworfenem Müll. Der Karlsruher Richter Marco Lacedonia beurteilte diese und andere Äußerungen als „massiv herabwürdigend und bewusst feindselig“.

Schmählieder gegen Lothar Gassmann

Die frühere Gemeinde „Baptistenkirche zuverlässiges Wort“ fällt damit nicht zum ersten Mal negativ auf. Kürzlich hatte ein anderer Prediger, „Bruder Moses Golla“, in Schmählern auf Youtube den Pforzheimer Theologen Lothar Gassmann angegriffen. In einem Lied mit dem Titel „Gott hasst LG“ sang eine KI-Stimme: „Gott hasst Doktor Lothar Gassmann – Gott hasst seinen Straßendienst, Gott hasst seine Werkserlösungsbotschaft – Töte ihn, lieber Herr!“

Seit 2023 wird die Gruppierung vom baden-württembergischen Verfassungsschutz beobachtet. Dem Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland, in dem viele Baptistengemeinden organisiert sind, gehört diese Gemeinde nicht an. Auf ihrer Homepage findet sich weiterhin eine Erklärung, in der es heißt: „Wir glauben, dass Homosexualität Sünde und eine Schande ist, die Gott mit der Todesstrafe ahndet.“

Mittlerweile bezeichnet sich die Gruppierung nicht mehr als „Baptistenkirche Zuverlässiges Wort“, sondern als „FWBC Seelengewinnen“ und ist damit offiziell ein Ableger der US-amerikanischen „Faithful Word Baptist Church“. In Der Dokumentation „America’s Hate Preachers“ aus dem Jahr 2016, begleitete der britische Sender BBC den Pastor der Kirche, Steven Anderson, einen Sommer lang. In der Dokumentation warb Anderson unter anderem dafür, die eigenen Kinder zu schlagen.

Deutschland: Bericht zur weltweiten Religionsfreiheit und Verfolgung von Christen vorgestellt

Rachel: Einsatz für Religionsfreiheit ist Teil deutscher Außenpolitik



Berlin (IDEA) – Der Einsatz für Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist Teil der deutschen Außenpolitik. Das sagte der Beauftragte der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Thomas Rachel (CDU), aus Anlass der Veröffentlichung der Jahrbücher „Religionsfreiheit“ und „Verfolgung und Diskriminierung von Christen“ am 15. Oktober in Berlin. Sie werden herausgegeben für die Evangelischen Allianzen in Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie für das Internationale Institut für Religionsfreiheit und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Rachel zufolge steht die Religionsfreiheit weltweit unter Druck. Wo sie verletzt werde, sei der Weg zu Unterdrückung, Verfolgung und Gewalt nicht weit. Als Beispiele nannte Rachel die tödlichen Anschläge auf Christen in Syrien und im Kongo, die landesweite Verhaftungswelle von Pastoren einer Hauskirche in China sowie die Unterdrückung von Baha’i und Christen im Iran.

Wer die Religionsfreiheit gefährdet

Der Präsident des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit und Gründungsherausgeber der Jahrbücher, Prof. Thomas Schirmacher (Bonn), nannte drei Formen von Regimen, die Christen unterdrückten: 1. diktatorische Staaten unter der Herrschaft einer Partei wie China, Kuba und Nordkorea, 2. Staaten, in denen christliche Minderheiten Opfer militanter politisch-religiöser Bewegungen werden, etwa Ägypten, Syrien, Nigeria, Indien und Myanmar, 3. Islamische Republiken wie Afghanistan, Iran und Pakistan, die ihre religiös-politische Zwangsordnung durchsetzen. Nach den Worten des Vorsitzenden des Stephanus-Kreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Lars Rohwer (Dresden), ist Religionsfreiheit kein Luxus, sondern ein universelles Menschenrecht. In Deutschland verfestigte sich die Säkularisierung. Der Glaube gebe jedoch Orientierung, überwinde Spaltung und schaffe Gemeinschaft und Versöhnung.

Angriffe auf Juden in Deutschland nehmen zu

Der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Volker Beck (Berlin), erklärte, dass alle Religionsgemeinschaften in der Welt irgendwo in der Minderheit seien. Es sei daher im eigenen Interesse jeder von ihnen, die Religionsfreiheit zu schützen. Beck verwies auf die Lage der Juden in Deutschland. Angriffe auf sie nähmen zu. Von den religiös motivierten Straftaten in Deutschland seien etwa 74 Prozent antisemitischer und 22 Prozent islamfeindlicher Natur. Die Politik müsse ihre „Schönwetterreden“ in Taten umsetzen, wenn es um den Schutz der jüdischen Religion gehe, so Beck.

Entführung und Zwangsislamisierung koptischer Mädchen in Ägypten

Das Vorstandsmitglied der koptischen Menschenrechtsorganisation EUCHOR, Shirin Kamal, wies auf die Entführung und erzwungene Islamisierung koptischer Mädchen in Ägypten hin. Das verstoße gegen das Recht auf Selbstbestimmung koptischer Mädchen und Frauen. Familien erstatteten dagegen Anzeige, doch die Verfahren würden eingestellt. Entführer, Imame, Polizei und Justiz arbeiteten zusammen. Medien berichteten über die Islamisierungen als „Liebesgeschichten“ und blendeten dabei Drohungen, Zwang und Erpressung aus.

„Wo bleibt der Staat angesichts dieser Verbrechen?“

Die Verteterin der Baha'i-Gemeinde im Iran und in Ägypten, Alina Braml (Potsdam), erinnerte an das Schicksal von Baha'i-Anhängern im Iran. Es sei Teil der Staatsdoktrin der dortigen Regierung, die Baha'i aus der Gesellschaft zu entfernen. Zu den staatlichen Schikanen gehörten Überwachung, Kontrollen, Einschüchterung, Verhaftung und Verhöre sowie die Beschlagnahmung von Bankkonten und Eigentum. Braml: „Was wir sehen ist staatlich gelenkter Diebstahl.“

Deutschland: Brand in Kirchturm verursacht hohen Schaden

Hunsrück: Dachstuhl der Dorfkirche in Peterswald-Löffelscheid brannte aus

Peterswald-Löffelscheid (IDEA) – Ein Brand in einem Kirchturm in Peterswald-Löffelscheid (Landkreis Cochem-Zell) hat einen hohen Schaden angerichtet. Wie die Polizeidirektion Wittlich mitteilte, brannte der Dachstuhl der katholischen Kirche des Ortes aus. Die eingesetzten Feuerwehren der umliegenden Ortschaften hatten das Feuer schnell unter Kontrolle, so dass ein Übergriff auf das Haupthaus der Kirche verhindert werden konnte. Menschen wurden nicht verletzt. Laut einem Bericht des Südwestrundfunks (SWR) liegt der Schaden nach Schätzungen von Experten bei mindestens 100.000 Euro. Die Brandursache ist unklar. Die Kriminalpolizei ermittelt.

Deutschland: Kirchengemeinde gibt größte Kirche in Solingen auf

Ab 2030 soll die Luther-Kirche nicht mehr für Gottesdienste genutzt werden

Solingen (IDEA) – Die Luther-Kirchengemeinde in Solingen gibt ihre Kirche in der Innenstadt auf. Wie sie in einer Presseerklärung mitteilte, will sie die Luther-Kirche ab 2030 nicht mehr als regelmäßigen Gottesdienstort nutzen. Sie ist die größte Kirche der Stadt. Grund für die Entscheidung seien die immer knapper werdenden Finanzmittel, erklärte Gemeindepfarrer Christian Menge. „Wir haben jetzt einen Punkt erreicht, an dem wir ein ‚Weiter so‘ nicht mehr verantworten können.“ Die Gemeinde habe nicht nur die Verantwortung für den Erhalt der Kirche, sondern vor allem für die Menschen der Kirchengemeinde: „Denen sind wir auch zukünftig eine funktionierende Kirchengemeinde schuldig“. Der Gemeindehaushalt gerate aber zunehmend in Schieflage, weil die Kosten für den Betrieb und Erhalt der Luther-Kirche einen immer größer werdenden Anteil ausmachten. Allein die jährlichen Kosten für Versicherung, Heizung, Reinigung und Instandhaltung der Kirche lägen bei 210.000 Euro. Die Gottesdienste der Gemeinde sollen in Zukunft im Gemeindehaus oder in der Kirche einer Nachbargemeinde stattfinden. Die Luther-Kirche in Solingen wurde zwischen 1898 und 1901 erbaut und steht unter Denkmalschutz.

Deutschland: SELK- Gemeinde will Autobahnkirche verkaufen

Bochum – Pfarrer: Die Gemeinde kann sich den Unterhalt nicht mehr leisten

Bochum (IDEA) – Die Zukunft der einzigen Autobahnkirche im Ruhrgebiet ist ungewiss. Es handelt sich um die Epiphantias-Kirche in Bochum-Hamme, die seit 2010 auch als „Autobahnkirche Ruhr“ dient. Sie gehört der Einigkeits-Gemeinde der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK). Die Gemeinde ging im Juni 2024 aus dem Zusammenschluss der beiden damaligen SELK-Gemeinden in Bochum hervor. Wie deren Pfarrer Benjamin Lippa der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA bestätigte, soll die Kirche verkauft werden. Die 550 Mitglieder zählende Gemeinde verfügt seit der Fusion über zwei Kirchengebäude. Beide lägen nur 750 Meter auseinander, so Lippa. Angesichts sinkender Mitglieder- und Besucherzahlen könne die Gemeinde den Unterhalt für beide Kirche nicht mehr aufbringen, begründet Lippa den Schritt. Allein die Energiekosten für beide Kirchen beliefen sich auf 6.000 Euro pro Monat. Die Gemeinde finanziert sich ausschließlich über freiwillige Mitgliedsbeiträge und Spenden. Der Makler Weyel-Immobilien bietet die 1929/30 erbaute Kirche mit einer Grundstücksfläche von über 2.000 Quadratmetern für 780.000 Euro an. Dazu gehört ein Gemeindehaus mit drei Etagen. Die Kosten für eine vollständige Sanierung lägen bei rund 500.000 Euro, aber diese Maßnahmen seien „nicht zwingend erforderlich“. Das Objekt sei ideal geeignet für Gottesdienste, Konzerte, kulturelle Veranstaltungen und als „spiritueller Rastpunkt“, heißt es auf der Internetseite des Maklers. Pfarrer i. R. Karl-Heinz Gehrt (Herne) vom Vorstand des Trägervereins äußerte gegenüber IDEA die Hoffnung, dass das denkmalgeschützte Gebäude auch nach einem Verkauf als Autobahnkirche weiter betrieben werden kann. Dies hänge davon ab, ob ein Käufer eine solche Nutzung ermögliche. Gehrt zufolge besuchen täglich etwa 15 Personen die Kirche – jährlich also knapp 5.500: „Etliche kommen immer wieder.“ In ganz Deutschland gibt es derzeit 45 Autobahnkirchen, die auch als „Tankstellen für die Seele“ bezeichnet werden.

Estland: Evangelisation " Festival der Hoffnung "

(Licht im Osten, Pawel W., Narva) wird an diesem Wochenende in der Hauptstadt Tallin sein, dort findet am Samstag und Sonntag, 18. und 19. Oktober, das „Festival der Hoffnung“ statt, das von der Billy-Graham-Association veranstaltet wird. In einem Stadion werden an zwei Abenden 15.000 Menschen erwartet. Bei dieser großen Evangelisation wird der Enkel von Billy Graham, Will Graham, predigen. Pawel W. schreibt: „Ich glaube, dass Gott dort wirken wird.“ Es ist ihm ein Anliegen, zu den russischsprachigen Teilnehmern Kontakt zu bekommen. „Ich möchte dort unsere Zeitschriften verteilen. Ich bete, dass die Menschen unsere Zeitschriften nehmen und unsere Abonnenten werden.“ Im Nachgang der Evangelisation möchte er zu möglichst vielen in Kontakt kommen und sich darum kümmern, dass sie Anschluss an eine Gemeinde finden. **Bitte beten Sie,**

- > dass viele Menschen, die Jesus noch nicht kennen, an dieser Evangelisation teilnehmen. Im Vorfeld dieser Veranstaltung war den Mitgliedern der Gemeinden in Estland ans Herz gelegt worden, eine Freundschaft mit einem glaubensfernen Menschen aufzubauen, für ihn zu beten und dann mit ihm zu der Evangelisation zu kommen. Bitte beten Sie dafür, dass diese Menschen nun auch wirklich nach Tallin mitfahren und dass der Feind sie nicht durch irgendetwas daran hindern darf.
- > dass Gottes Geist durch die Predigt ihre Herzen berührt und sie Christus ihr Leben anvertrauen.
- > dass viele Russischsprachige unsere LICHT IM OSTEN- Zeitschriften mitnehmen und sie als Quelle geistlicher Nahrung für sich entdecken.
- > dass es gelingt, viele von ihnen in eine Gemeinde zu integrieren.

Gegen Antisemitismus: Tausende Christen bei nationaler Gebetsnacht

Tausende Christen waren am 6.10. für Stunden im Gebet vereint.



Die Moderatoren Dr. Tobias Krämer (l.) und Detlef Kühlein im Studio des ERF.

© ERF

Von Dr. Tobias Krämer

Antisemitismus wird in Deutschland zunehmend zu einem gesellschaftlichen Problem. Das berichten deutsche Medien vielfach. War Judenfeindschaft bislang eher ein verstecktes Phänomen gewesen, so brach sie sich nach dem 7. Oktober 2023 – dem Tag des grauenvollen Angriffs der Hamas auf Israel – ungehindert Bahn. In deutschen Großstädten sind Juden nicht mehr sicher. Aggressive Demonstrationen gegen Israel sind verbreitet. Unverhohlen wird zur Vernichtung Israels aufgerufen: from the river to the sea ... Diesen Hass gegen Israel bekommen die hier lebenden Juden zu spüren und fühlen sich in Deutschland nicht mehr sicher. Wer auch nur ein klein wenig Geschichtsbewusstsein hat, für den ist dies eine Katastrophe.

Nicht nur Politiker und sensible Bürger, auch viele Christen nehmen diese Entwicklung als bedrängend wahr. Deshalb rief eine Gruppe von über zwei Dutzend Organisationen, Verbänden, Werken und Initiativen am 6.10.2025 zum Gebet. Online. Sechs Stunden. Für Deutschland, gegen Antisemitismus, für Juden in aller Welt. Die Moderation des Abends hatte Dr. Tobias Krämer (Christen an der Seite Israels e.V.). Die Gebetsleitung lag in den Händen von Detlef Kühlein ([Bibletunes](#)); gesendet wurde aus dem Studio des [ERF – Der Sinnsender](#) (Wetzlar).

Mehr als 20.000 Aufrufe auf YouTube

Die Resonanz war überwältigend, Tausende meldeten sich an. Am Abend des 6.10.2025 wurde der Streaming-Link der Gebetsnacht über 10.000-mal aufgerufen. Fast 1000 Gruppen bildeten sich vor Ort und beteten gemeinsam, manche den ganzen Abend, die Beteiligung war durchweg hoch. Auch in den folgenden Tagen blieb das Interesse groß und so näherte sich die Aufrufzahl der Grenze von 20.000. Der Mitschnitt ist bei YouTube unter dem Stichwort „Gebetsnacht gegen Antisemitismus“ leicht zu finden.

Die Gebetsnacht verlief in einem halbstündigen Rhythmus. Zu Beginn wurde von fachkundigen Referenten in je eine Facette des Antisemitismus eingeführt. Die Bandbreite reichte von individuellen jüdenfeindlichen Reflexen (eine Folge unverarbeiteten Erbes) bis hin zur statistisch belegten Israelfeindschaft der Vereinten Nationen; von Antijudaismus in der Theologie bis zu Reaktionen direkt aus Jerusalem; vom Aufruf zum Widerspruch bis zur Einladung zur Umkehr. Die kurzen Impulse endeten je mit konkreten Punkten, die ins Gebet einführten. Betende Gruppen konnten sich jeweils ausklinken und für sich beten, doch war es ebenso möglich, sich am Live-Stream durch die Gebetszeiten führen zu lassen.

Berührende Rückmeldungen

Zahlreiche Rückmeldungen erreichten die Initiatoren, nicht zuletzt über den begleitenden Chat. Sie waren fast durchweg im Grundton der Dankbarkeit gehalten. Hier einige Beispiele:

- Danke von Herzen für diesen wunderbaren Gebetsabend in Gemeinschaft des Leibes Christi in Deutschland. Ehre, Lob und Dank an unseren Herrn Jesus Christus, dass Er es ermöglicht hat.
- Herzlichen Dank für dieses starke Format, das mir eine ganz neue Tiefe im Gebet für Israel gegeben hat. Herr, Dein Bund mit Israel bleibt.
- Die Gebetsnacht war sehr berührend, man hat teilweise richtig die Herrlichkeit Gottes gespürt.
- Danke für euren Dienst und die tolle Organisation. Das muss Unmengen von Arbeit gewesen sein. Super!!! Seid fett gesegnet!!
- Ich bin noch ganz erfüllt und berührt von der Gebetsnacht. Sehr gute Impulse, eine tolle Gemeinschaft und so viele Bibelstellen, die ich noch nachlesen werde.
- Eine tolle Gebetsnacht habt ihr da gestaltet! Ich hatte noch einen Abendtermin und habe mich dann später eingeschaltet – bis zum Schluss.
- Die Gebetsnacht war ein Weckruf, wenn man ihn hören will. Und ich denke, es ist ein Anstoß, wie man weiterbeten kann. Was für eine Wohltat, wenn Geschwister zueinander stehen.
- Der gestrige Abend war genial, wir waren bis zum Schluss mit Gebetsfeuer und Freude dabei. Das hat einen nachhaltigen Ruck im Leib Christi bewirkt, der spürbar und erlebbar sein wird! Wir segnen euch mit viel Erfrischung, neuer Stärke, Kraft und Freude!

Dass Gebet die Christenheit eint und auf ein geistliches Ziel ausrichtet, ist an sich nichts Neues. Doch das Online-Format der Gebetsnacht eröffnete neue Perspektiven und Horizonte. Sie gilt es festzuhalten.

Israel: Feuerpause in Kraft

Nach der Zustimmung des israelischen Kabinetts zum Abkommen mit der Hamas beginnt die Feuerpause. Die Terrorgruppe muss bis Montagmittag die Geiseln freilassen.

(Von Israelnetz /10. Oktober 2025) JERUSALEM / GAZA (inn) – Das israelische Kabinett hat den ersten Teil der Vereinbarung mit der Hamas am frühen Freitagmorgen angenommen. Daraufhin trat die Feuerpause in Kraft.

Die Armee zog ihre Truppen im Gazastreifen bis zum Mittag auf eine vereinbarte Linie zurück. Nun hat die Hamas 72 Stunden Zeit, um die Geiseln freizulassen. Im Gegenzug entlässt Israel knapp 2.000 palästinensische Häftlinge.

Von den Entführten gelten 20 als am Leben, bei zweien besteht Unsicherheit und 26 dürften tot sein. Die Hamas sagt, sie wisse nicht von jeder Leiche, wo sich diese befinde. Laut der Vereinbarung muss sie bis Montag 12 Uhr Ortszeit alle toten Geiseln herausgeben, derer sie habhaft wird. Israelische Krankenhäuser bereiten sich für die Aufnahme und medizinische Versorgung der Geiseln vor, deren Gesundheitszustand nach mehr als zwei Jahren in den Händen der Entführer nicht bekannt ist.

Verspäteter Beginn

Die israelische Kabinettsitzung begann am Donnerstagabend erst gegen 22 Uhr. Zuvor traf sich Regierungschef Benjamin Netanjahu (Likud) mit den beiden US-Gesandten Steve Witkoff und Jared Kushner. Sie hatten sich am Mittwoch an den Verhandlungen zwischen Israel und der Hamas im ägyptischen Scharm el-Scheich beteiligt. Anschließend flogen sie nach Israel.

Witkoff und Kushner nahmen an der Kabinettsitzung teil. Die Minister stimmten indes nicht über ein „Ende des Krieges“ ab, sondern über ein sechseitiges hebräisches Dokument zur ersten Phase des Friedensplans für Gaza. Darauf weist die Nachrichtenseite „Times of Israel“ hin.

In Scharm el-Scheich hatten Israel, die Hamas und die Vermittler hingegen ein Dokument unterzeichnet, dessen erste Klausel lautet: US-Präsident Donald Trump „gibt das Ende des Krieges im Gazastreifen bekannt, und dass die Parteien zugestimmt haben, die notwendigen Schritte für dieses Ende umzusetzen“. Der Republikaner verkündete in seinem eigenen Kabinett: „Wir haben den Krieg in Gaza beendet.“

Der Leiter der Hamas-Delegation, Chalil al-Haja, merkte an: „Wir haben von den Vermittlern und den Amerikanern Garantien erhalten, dass der Krieg auf unbestimmte Zeit beendet ist.“

Ben-Gvir und Smotritsch dagegen

In Israel lehnte Polizeiminister Itamar Ben-Gvir (Jüdische Stärke) die Vereinbarung ebenso ab wie seine Parteigenossen, der Minister für Negev und Galiläa, Jizchak Wasserlauf, und der Minister für Kulturerbe Amichai Eliahu. Auch Finanzminister Bezalel Smotritsch und Siedlungsministerin Orit Strock (beide Religiöser Zionismus) stimmten dagegen. Einwanderungsminister Ofir Sofer, der auch zu ihrer Partei gehört, sprach sich jedoch dafür aus.

In der Sitzung dankte Netanjahu für die „außerordentliche Hilfe von Präsident Trump und seinem Team“. Kushner lobte die Armee: „Das alles wäre nicht möglich geworden ohne die Tapferkeit der Israelischen Verteidigungstreitkräfte und ihrer Soldaten.“ Sie seien nicht nur in Gaza erfolgreich gewesen, sondern auch gegen die Hisbollah im Libanon.

Witkoff lobte Netanjahu für „sehr schwere Entscheidungen“. Manchmal hätte er sich mehr Flexibilität gewünscht. „Aber jetzt im Rückblick denke ich, dass wir nicht an diesen Punkt gelangt wären, wenn Premierminister Netanjahu nicht so gehandelt hätte, wie er es tat.“

Reservist und mehrere Palästinenser getötet

Vor der Feuerpause wurde ein Reservist am Donnerstagnachmittag beim Angriff eines Hamas-Scharfschützen in Gaza-Stadt getötet. Es handelt sich um den 26-jährigen Michael Mordechai Nachmani aus Dimona. Damit erhöhte sich die Zahl der Gefallenen seit Beginn der Bodenoffensive Ende Oktober 2023 auf 472.

Am Donnerstagabend berichteten palästinensische Medien unter Berufung auf die Zivilschutzbehörde der Hamas, bei einem Luftangriff sei ein Gebäude in Gaza eingestürzt. Vier Leichen seien geborgen worden, etwa 40 Menschen steckten unter den Trümmern fest. Aus der Armee hieß es, der Angriff habe einer Hamas-Zelle gegolten, die eine unmittelbare Bedrohung für Soldaten darstellte.

Derweil forderte die Hamas-Zivilschutzbehörde die Bewohner auf, sich nicht den Grenzen zu nähern, bevor es eine offizielle Mitteilung über einen Abzug der israelischen Armee gebe. „Verstöße gegen diese Warnung setzen Ihre Leben einem Risiko aus.“ Die Vereinbarung zwischen Israel und der Terrorgruppe feierten zahlreiche Menschen im Gazastreifen. (eh)

Israel: Freilassung der Geiseln - „Das ist ein Grund zum Jubeln“

Die jüdische Gemeinschaft in Israel und Deutschland ist aber weiterhin bedroht

Tel Aviv/Jerusalem (IDEA) – Mit großer Erleichterung und Freude haben führende Vertreter der jüdischen Gemeinschaft und der großen Kirchen in Deutschland auf die Freilassung der letzten 20 israelischen Geiseln aus der Gefangenschaft der Hamas reagiert. Am 13. Oktober hatte die Terrormiliz laut Medienberichten zuerst sieben und dann die verbliebenen 13 lebenden Geiseln an das Internationale Rote Kreuz übergeben. Unter ihnen waren auch vier deutsche Staatsangehörige. Zudem hat die Hamas darüber hinaus die sterblichen Überreste mehrerer getöteter Geiseln übergeben. Weitere sollen folgen. Damit kam die Hamas einem Teil der Forderungen von US-Präsident Donald Trump im Gegenzug für eine von ihm vermittelte Waffenruhe nach. Im Gegenzug sollen 1.950 Palästinenser aus israelischen Gefängnissen entlassen werden; 250 von ihnen hatten lebenslange Haftstrafen erhalten.

Schuster: Israel bleibt weiterhin bedroht

Der Zentralrat der Juden in Deutschland bezeichnete die Rückkehr der von der Hamas verschleppten Geiseln in einer Mitteilung als „Grund zur Freude, doch sie bedeutet leider keine Rückkehr in die Normalität“. Für dessen Präsidenten, Josef Schuster (Würzburg), markiert der Tag vor allem den Beginn eines Prozesses. „Die Heilung der tiefen Wunden, die in den letzten beiden Jahren gerissen wurden, das Erwachen aus dem Albtraum, in den uns der [7. Oktober 2023](#) gestürzt hat, kann erst am Ende dieses Prozesses stehen.“ Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland verspüre Erleichterung. „Insbesondere freuen wir uns über die vier deutschen Staatsbürger, die nach Hause zurückkehren können.“ Zugleich trauere man um die 28 ermordeten Geiseln, deren Leichname die Hamas auszuliefern versprochen hatte. Schuster erinnerte aber auch daran, dass Israel durch die Feinde in seiner Nachbarschaft weiterhin akut bedroht sei. „Der Freilassung der Geiseln müssen daher die weiteren Phasen des Trump-Plans folgen. Die Hamas muss entwaffnet und entmachtet werden, der Wiederaufbau von Gaza und ein dauerhafter Frieden sind nur ohne ihre Beteiligung denkbar.“ Auch in Deutschland sei der Antisemitismus „explosionsartig gewachsen. Viel zu lange hat sich als ‚propalästinensisch‘ getarnter Judenhasse immer offener auf deutschen Straßen zeigen dürfen, nur schlecht kaschiert als Kritik am Vorgehen des israelischen Staates im Kampf gegen den Terror der Hamas.“ Die Politik müsse daher dringend die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen schaffen, „um dem Judenhasse auf deutschen Straßen endlich ein Ende zu setzen“.

Katholische Kirche: Der „Anfang eines Anfangs“ auf dem Weg zum Frieden

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Naher und Mittlerer Osten der Kommission Weltkirche innerhalb der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Udo Markus Bentz (Paderborn), hatte bereits vor der Übergabe der Geiseln seine Erleichterung über die ersten Schritte „zur Beendigung des Blutvergießens im Heiligen Land“ bekundet. In seiner Mitteilung betonte er zugleich, dass es sich um nicht mehr als den „Anfang eines Anfangs für eine Lösung der tiefgreifenden Konflikte im Nahen Osten“ handle. „Aber vielleicht dienen die jetzt vereinbarten Maßnahmen doch einer Deeskalation und bilden die notwendige Basis für neue Perspektiven und weitere konkrete Schritte auf dem langen Weg zum Frieden. Darauf darf man bei aller Skepsis hoffen, dafür dürfen wir beten.“

EKD: Töten und Blutvergießen müssen ein Ende finden

Auch die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischöfin Kirsten Fehrs (Hamburg), ließ der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA auf Anfrage ihre „Erleichterung und Dankbarkeit“ ausrichten. „Nach über zwei Jahren des Leidens und Hoffens sind sie endlich zu Hause. Zugleich trauern wir mit den Angehörigen um jene Menschen, die nicht lebend heimgekehrt sind.“ Nun sei es an der Zeit, „mutige Schritte zum Frieden zu gehen und nicht nachzulassen“. Das Töten und Blutvergießen müssten dauerhaft ein Ende finden. „Wir beten für einen gerechten Frieden im Nahen Osten – einen Frieden, der Sicherheit, Freiheit und Würde für alle Menschen ermöglicht.“

ICEJ: Tausende Christen beteten für die Rückkehr der Geiseln

Der Deutsche Zweig der Internationalen Christlichen Botschaft Jerusalem (ICEJ) berichtete IDEA, dass eine Delegation der ICEJ die Nachricht von der Freilassung der Geiseln auf dem Rückflug nach Deutschland erhielt. Redaktionsleiterin Karin Lorenz schilderte, dass der israelische Pilot per Lautsprecher die Nachricht „Sie sind zuhause!“ verkündet habe. Der Rest seiner Durchsage sei „im Jubel und Klatschen“ untergegangen. Die ICEJ war mit einer 59-köpfigen deutschen Reisegruppe in Jerusalem am Laubhüttenfest mit bis zu 2.000 Christen aus über 70 Nationen beteiligt. Die Christen hätten sich vor dem israelischen Parlament versammelt, um vor Gott für die Geiseln einzutreten, so Lorenz weiter. „Noch ehe wir in unsere Heimatländer zurückkehren, sollen die Geiseln zu Hause sein, lautete unser Flehen.“ Die Rückkehr der letzten lebenden Geiseln – rund eine Stunde bevor die Räder des Flugzeugs das Rollfeld berührten – habe man „deshalb in erster Linie als Gebetserhörung erlebt“. Doch solange die Hamas existiere und ihren Hass weiterverbreiten könne, sei es nicht vorbei. Das gelte auch für den „Horror“, dem die jüdischen Geschwister in Deutschland ausgesetzt seien. „Denn unsere Politik und Gerichte lassen zu, dass sich derselbe mörderische Hass, der im Gazastreifen herrscht, auch auf unseren Straßen, Schulen und Universitäten ausbreitet. Dagegen werden wir weiter unsere Stimmen erheben.“

Sächsische Israelfreunde: Die Hamas will Israel vernichten

Der Ehrenvorsitzende der Sächsischen Israelfreunde, Lothar Klein (Dresden), sagte IDEA, dass dieser Tag „für ganz Israel und dessen Freunde weltweit ein Grund zum Jubeln“ sei. Auch wenn dank der Initiative von US-Präsident Donald Trump derzeit die Waffen schwiegen, bedeute das allerdings noch lange nicht, dass die Hamas als terroristischer Ableger der Muslimbruderschaft „das in seiner Charta verankerte Ziel der Vernichtung des jüdischen Staates, ja sogar aller Juden weltweit, aufgibt“. Es sei stattdessen nicht auszuschließen, dass das Terrornetzwerk seinen Aktionsschwerpunkt nach Europa und insbesondere nach Deutschland verlagere, um gemeinsam mit seinen „linksextremistischen Unterstützern eine Abkehr der von historischer Verantwortung für die Sicherheit Israels getragenen Politik Deutschlands zu erzwingen und Israel zu isolieren“.

Für kritische Selbsteinschätzung der deutschen Nahostpolitik

Ein Nachgeben gegenüber dem Druck der Islamisten auf den Straßen Berlins und andernorts schade jedoch Deutschland mehr als Israel, „da wir mehr von israelischen Geheimdienstinformationen und Waffenlieferungen zur inneren und äußeren Gefahrenabwehr abhängig sind als Israel von uns“. Eine kritische Selbsteinschätzung der deutschen Nahostpolitik sei daher überfällig, bevor Deutschland seine „Schutzgeldzahlungen“ an Fatah (Westjordanland) und Hamas (Gazastreifen) fortsetze. Aber auch so manches Medienhaus solle sich selbstkritisch damit auseinandersetzen, wo Korrespondenten den Hass gegen Juden und Israel auf deutschen Straßen und so manchem Uni-Campus dadurch befeuert hätten, dass sie „ungeprüft die Propaganda der Hamas“ bezüglich der Opferzahlen und der Versorgungslage im Gazastreifen übernommen hätten.

Kirgisistan: Razzia und Geldstrafen gegen Baptisten

wegen „illegalem Gottesdienst“

Am 14. September führte die Geheimpolizei gemeinsam mit Beamten der staatlichen Behörde für religiöse Angelegenheiten und interethnische Beziehungen eine Razzia beim Sonntagsgottesdienst der Gemeinde des Rats der Baptistengemeinden in der Hauptstadt Bischkek durch. In der Gemeinde, die wie alle Gemeinden ihres Bundes keine staatliche Registrierung anstrebt, fand gerade das Erntedankfest statt. Die Beamten filmten den Gottesdienst und beschlagnahmten religiöse Literatur, um sie einer „Expertenanalyse“ zuzuführen.

Ibrahim Akunov von der staatlichen Behörde für religiöse Angelegenheiten drohte gegenüber Gemeindemitgliedern mit der Schließung der Gemeinde. „Als die Beamten in den Räumen der Gemeinde filmten und die Kinder im Hof spielten, drohte er und schrie, dass er die Gemeinde schließen würde,“ berichteten Baptisten, die aus Furcht vor staatlichen Repressalien nicht namentlich genannt werden wollen, gegenüber Forum 18. „Das hat einige von uns erschreckt, insbesondere die Kinder.“ Akunov weigerte sich, zu erklären, weshalb er eine Razzia in der Baptistengemeinde durchführte und bedrohte Gemeindemitglieder. „Ich werde nicht mit ihnen sprechen. Sie können nur einen Brief an das Außenministerium schreiben“, erklärte er auf Anfrage gegenüber Forum 18.

Die Beamten nahmen den Gemeindeleiter, Pastor Dmitri Golovin und Aleksey Demchenko, einen der Diakone, mit auf die Polizeistation. Izzat Ozubekov von der Abteilung für den Kampf gegen Extremismus und illegale Migration der Polizei des Stadtbezirks Sverdlov nahm einen Akt über einen Verstoß gegen das Verbot der Durchführung religiöser Aktivitäten und Nutzung von Gebäuden für religiöse Zwecke ohne staatliche Registrierung auf. Danach verhängte er Geldstrafen in Höhe von etwa zwei Wochenlöhnen von Personen in regulären Arbeitsverhältnissen gegen die beiden. Beide haben Berufung gegen die Strafen eingelegt.

Die Entscheidung darüber obliegt dem Bezirksgericht Sverdlov in Bischkek.

Die Razzia gegen die Baptistengemeinde in Bischkek folgte 10 Monate nach Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der Gemeinschaft der Wahren und Freien Reformadventisten im November 2024. Die Gemeinschaft wurde im März 2025 als „extremistisch“ verboten. Im Juli verurteilte ein Gericht in Bischkek den schwer kranken Pastor der Gemeinschaft, Pavel Shreider, zu 3 Jahren Haft und ordnete seine Abschiebung nach Russland nach Verbüßung der Haftstrafe an.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 10. Oktober 2025)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

Madagaskar: Präsident Rajoelina verlässt das Land

Zukunft ungewiss

Antananarivo (Fides) – „Wer regiert derzeit Madagaskar? Diese Frage stellen sich die Einwohner des Landes nach der Flucht von Präsident Andry Rajoelina“, so der italienische Missionar, Pater Cosimo Alvati von den Salesianern Don Boscos, der seit vielen Jahren in Madagaskar lebt und arbeitet, gegenüber Fides. Gestern (13. Oktober) veröffentlichte das Staatsoberhaupt eine Nachricht auf seiner Facebook-Seite, in der er erklärte, das Land verlassen zu haben, weil er „gezwungen war, einen sicheren Ort zu finden, um mein Leben zu schützen“. Rajoelina, der Madagaskar mit einem französischen Militärflugzeug verlassen haben soll, hat jedoch nicht seinen Rücktritt angekündigt.

„Wenn man sich die gesamte Rede anhört, scheint es sich um eine klassische madagassische Rhetorik zu handeln“, kommentiert Pater Cosimo. „Im Land kursieren Gerüchte darüber, wohin Rajoelina gegangen ist, aber es ist bekannt, dass einige seiner Mitarbeiter auf der Insel Mauritius Zuflucht gefunden haben“.

In einer zweiten Meldung, die am heutigen 14. Oktober ebenfalls auf seinem Facebook-Account veröffentlicht wurde, gab Rajoelina bekannt, dass er die Nationalversammlung aufgelöst habe. „Tatsächlich“, so Pater Cosimo, „besteht ein möglicher Ausweg aus der institutionellen Krise darin, einen Misstrauensantrag gegen den Präsidenten zu stellen, der ihn zum Rücktritt zwingen würde. Gemäß der Verfassung ist für ein Misstrauensvotum jedoch eine Zweidrittelmehrheit der Nationalversammlung erforderlich“. Mit diesem Schritt scheint Rajoelina also vermeiden zu wollen, dass das Parlament über einen eingebrachten Misstrauensantrag abstimmt. Im Falle eines Rücktritts des Präsidenten würde der Senatspräsident die Amtsgeschäfte interimistisch übernehmen, um dann Neuwahlen durchzuführen.

„Während die Demonstrationen der Jugendlichen der ‚Generation Z‘ auf dem Platz des 13. Mai in der Hauptstadt Antananarivo weitergehen, wurde die Kontrolle über Armee, Gendarmerie und Polizei von General Demosthene Pikulas übernommen, wobei sich die Afrikanische Union zu einer Vermittlung bereit erklärt hat. Wahrscheinlich hat sich auch der Rat der christlichen Kirchen in Madagaskar (FFKM) in diesem Sinne engagiert“, schließt der Missionar.

(L.M.) (Fides 14/10/2025)

Madagaskar: "Ein Bürgerkrieg stand kurz bevor"

Antananarivo (Fides) – „Am Samstag, dem 11. Oktober, stand ein Bürgerkrieg kurz bevor“, berichten Quellen aus Kreisen der Kirche von Madagaskar gegenüber Fides. Am gestrigen 15. Oktober hatte Oberst Michael Randrianirina, Chef der Eliteeinheit CAPSAT (Corps pour la Protection des Institutions), die gegen Präsident Andry Rajoelina rebelliert hat, angekündigt, dass er am Freitag, dem 17. Oktober, als provisorischer Staatschef eingesetzt wird.

Die Beobachter rekonstruieren die Ereignisse der letzten Tage, die zur Flucht des Präsidenten und zur Machtübernahme durch den Oberst geführt haben, wie folgt:

„Als die Soldaten der CAPSAT beschlossen, zu meutern und auf die Straße zu gehen, um die Demonstranten zu verteidigen, befürchtete man wirklich das Schlimmste. Die Soldaten begaben sich zum Platz des 13. Mai, dem symbolträchtigen Ort der Hauptstadt, an dem seit jeher die wichtigsten Demonstrationen Madagaskars stattfanden. Dort trafen sie auf die Gendarmen, die den Präsidentenpalast verteidigten. Es kam zu Schusswechseln, bei denen mindestens ein Soldat getötet wurde. Dann zogen sich die Gendarmen plötzlich zurück und ließen die Soldaten auf den Platz vor“, wird berichtet.

„Es sei daran erinnert“, fügen die Quellen hinzu, „dass Papst Leo XIV. gerade am 11. Oktober die Gebetswache für den Frieden geleitet hatte. Und am selben Tag hatten madagassische Bischöfe einen Tag des Gebets und Fastens für das Land ausgerufen. Unter den Soldaten und Gendarmen gibt es mehrere katholische Gläubige, die sich möglicherweise entschlossen haben, der Stimme ihres Gewissens zu folgen und dem Land ein Blutbad zu ersparen.“ „Die Lage hat sich derzeit beruhigt, aber es muss gebetet werden, dass alle Parteien zu einer Einigung kommen. Die Bevölkerung hat die Machtübernahme durch das Militär begrüßt, die Straßen sind voller jubelnder Menschen“ so die Beobachter.

Nach dem Rücktritt von Präsident Rajoelina, der nun vom Militär für abgesetzt erklärt wurde, beginnt eine Phase der Unsicherheit. „Oberst Randrianirina hat angekündigt, dass ihn das Verfassungsgericht morgen als Präsidenten einsetzen wird. Das Gericht wurde jedoch erst vor wenigen Tagen vom Militär aufgelöst ([vgl. Fides 14/10/2025](#)). So ist eine institutionelle Verwirrung entstanden, von der niemand weiß, wie sie gelöst werden soll“, betonen die Quellen. In seiner Ankündigung erklärte Oberst Randrianirina unterdessen, dass er mit dem Titel „Präsident für die Neugründung der Republik Madagaskar“ eingesetzt werde. Der Titel leitet sich aus seinem Programm ab, das eine Verfassungsreform vorsieht, um anschließend die Vertreter der neuen Institutionen zu wählen.

„Der Weg aus der Krise ist lang, und die Befürchtungen im Hinblick auf neue Gewalttaten sind noch nicht vollständig ausgeräumt“, so die Quellen. „Wir können sagen, dass die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkriegs, die am 11. Oktober noch bei 70 Prozent lag, nun auf 15 Prozent gesunken ist.“

Gestern gab indes die Afrikanische Union bekannt, dass sie Madagaskar nach dem Staatsstreich mit sofortiger Wirkung suspendiert hat und die Wiederherstellung einer zivilen Regierung sowie die Organisation von Wahlen fordert.

(L.M.) (Fides 16/10/2025)

Mexico: Vermisster Priester tot aufgefunden

Es wird wegen Mordes ermittelt

Mexiko-Stadt (Fides) – Die Leiche von Pfarrer Bertoldo Pantaleón Estrada, dem Priester, dessen Verschwinden am Samstag, dem 4. Oktober, in Cocula im mexikanischen Bundesstaat Guerrero gemeldet worden war, wurde gefunden.

Die Leiche des Priesters, der Pfarrer von San Cristóbal in Mezcala in der Diözese Chilpancingo-Chilapa war, wurde an diesem Montag (6. Oktober) gegen 14 Uhr zwischen den Städten Zumpango und Mezcala auf einer unbefestigten Straße in der Nähe von Kilometer 199 der Bundesstraße Mexiko-Acapulco gefunden. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung wegen schweren Mordes eingeleitet.

In einer Erklärung der Bischofskonferenz bringen die Bischöfe Mexikos ihre Trauer über den Fund von Pater Bertoldo Pantaleón Estrada zum Ausdruck. „Wir nehmen mit Trauer und Schmerz zur Kenntnis, dass gewalttätige Handlungen unsere Gemeinschaft erneut in Trauer gestürzt haben“, erklären sie. „Daher fordern wir die zuständigen staatlichen und bundesstaatlichen Behörden auf, eine zeitnahe, gründliche und transparente Untersuchung durchzuführen, die Licht in dieses Verbrechen bringt und eine gerechte Bestrafung der Verantwortlichen gewährleistet.“

„Im Vertrauen auf die Fürsprache Unserer Lieben Frau von Guadalupe beten wir, dass Christus, der Gute Hirte, unseren Bruder in sein Reich aufnimmt und ihm die verheißene ewige Freude schenkt“, schließt die gemeinsame Erklärung der Bischöfe.

„Die Gesellschaft Jesu in Mexiko ist zutiefst betrübt und erschüttert über die Entdeckung von Pater Bertoldo Pantaleón Estrada, Pfarrer von San Cristóbal, Mezcala, Guerrero. Wir fordern, dass die Umstände aufgeklärt werden und Gerechtigkeit walten kann, damit Wahrheit und Frieden siegen“, erklärten unterdessen auch die Jesuiten in einer auf ihrem X-Account veröffentlichten Botschaft.

(L.M.) (Fides 7/10/2025)

Pakistan: 13 Jahre in Haft: Pastor stirbt drei Tage nach Freilassung

Zafar Bhatti war fälschlich der Blasphemie bezichtigt worden

Lahore/Rawalpindi (IDEA) – In Pakistan ist ein Pastor, der 13 Jahre inhaftiert war, drei Tage nach seiner Freilassung aus dem Gefängnis an einem Herzstillstand gestorben. Das bestätigte sein Anwalt Saif ul Malook gegenüber der katholischen Nachrichtenagentur UCA News. Der 62-jährige Gründer der Jesus World Mission Church, Zafar Bhatti, war wegen des Vorwurfs der Blasphemie seit 2012 in Rawalpindi (Provinz Punjab) in Haft. Menschenrechtler sahen die Anklage als erfunden an. Ein muslimischer Geistlicher hatte Bhatti beschuldigt, die Mutter des islamischen Propheten Mohammed beleidigt zu haben. 2017 wurde der Pastor zu lebenslanger Haft verurteilt. 2022 verhängte ein Bezirksgericht die Todesstrafe. Anfang Oktober 2025 hob das Oberste Gericht von Lahore die Verurteilung wegen Blasphemie auf. Dem Anwalt zufolge hatte sich Bhattis Gesundheitszustand in der Haft stark verschlechtert. Er litt an Diabetes und Herzkrankheiten. Der Pastor soll auch gefoltert worden sein, um ein Geständnis zu erzwingen. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA hatten Bhatti **2014** als „**Gefangenen des Monats Januar**“ benannt und dazu aufgerufen, sich für ihn einzusetzen. Die Blasphemiegesetze in Pakistan werden häufig missbraucht, um Angehörige religiöser Minderheiten bei Streit oder Missgunst fälschlich zu beschuldigen, was mitunter langjährige Haftstrafen für die Betroffenen nach sich zieht. Von den rund 250 Millionen Einwohnern Pakistans sind 96 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen und ein Prozent Hindus.

Pakistan: Konflikt an der Grenze zu Afghanistan

Katholischer Priester: "Wir brauchen im Kampf gegen den Terror ein Bündnis mit Afghanistan, keinen weiteren Krieg"

Karachi (Fides) – „Der Terrorismus ist ein Problem, das sowohl Pakistan als auch Afghanistan betrifft. Um ihn gemeinsam zu bekämpfen, brauchen wir ein Bündnis und keinen weiteren Krieg. Mit Bedauern und Sorge beobachten wir den neuen Konflikt an der Grenze zu Afghanistan, nachdem es bereits zu Spannungen und Zusammenstößen mit Indien an der Grenze zu Kaschmir gekommen war. Wir dürfen das Wichtigste für unser Volk und die Nachbarvölker nicht aus den Augen verlieren: den Frieden“, sagt Pfarrer Mario Angelo Rodrigues, ein Priester der Erzdiözese Karachi, gegenüber der Fides, mit Blick auf die sich verschärfenden Kämpfe an der Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan. Der Priester, Rektor des renommierten katholischen Gymnasiums „St. Patrick“ in Karachi, das von über 4.000 Schüler, darunter Christen, Muslime und Hindus, besucht wurde betonte: „Mit unseren Jugendlichen sprechen wir weiterhin über die Bedeutung einer Kultur des Friedens und sensibilisieren sie dafür“. Außerdem, so bemerkt er, „beten die katholischen Gemeinden in Pakistan in einer von Konflikten zerrissenen Welt jeden Sonntag intensiv für den Frieden und richten ihre Gebete an Gott für die Versöhnung sowohl zwischen Pakistan und Indien als auch zwischen Pakistan und Afghanistan“.

„Im Allgemeinen“, betont Don Rodrigues, „sind sich jedoch die Menschen in unserer Gesellschaft dieser Dynamiken und Konflikte kaum bewusst, da sie aufgrund der weit verbreiteten Armut damit beschäftigt sind, über ihr Überleben und ihren täglichen Lebensunterhalt nachzudenken. Die erste Dringlichkeit besteht darin, Nahrung für die eigene Familie zu finden“. In der Nacht vom 14. auf den 15. Oktober wurden mehr als 10 afghanische Zivilisten getötet und über 100 verletzt, während entlang der gemeinsamen Grenze seit dem 11. Oktober heftige Kämpfe zwischen Pakistan und Afghanistan tobten.

Pakistanische Sicherheitsbeamte beschuldigten afghanische Truppen des „unbegründeten Beschusses“, der in Kurram, einem Bezirk der pakistanischen Provinz Khyber Pakhtunkhwa, zurückgeschlagen wurde. Die pakistanische Armee habe in der Nacht 30 afghanische Taliban-Kämpfer in der afghanischen Provinz Khost getötet und ein großes Ausbildungszentrum in Afghanistan zerstört, das von den pakistanischen Taliban genutzt wurde.

Afghanistan gab hingegen an, 58 pakistanische Soldaten bei Vergeltungsmaßnahmen für „wiederholte Verletzungen des afghanischen Hoheitsgebiets und Luftraums“ getötet zu haben. Die Taliban-Regierung in Kabul behauptete, Pakistan habe Angriffe in der Provinz Kandahar an der südwestlichen Grenze Pakistans durchgeführt, während die pakistanische Armee erklärte, die Kämpfe würden von den Taliban in Afghanistan orchestriert.

Die Kämpfe entlang der Grenze waren am 12. Oktober nach Appellen Saudi-Arabiens und Katars vorübergehend eingestellt worden, während die Grenzübergänge geschlossen blieben. Die Wiederaufnahme der Kämpfe unterstreicht die anhaltenden Spannungen zwischen den beiden Ländern.

Die Taliban-Regierung beschuldigt Pakistan, den Konflikt durch Luftangriffe auf Kabul und Ostafghanistan begonnen und damit die Souveränität des Staates verletzt zu haben. Die staatlichen pakistanischen Medien erklärten unterdessen, die Armee habe gezielt Verstecke der pakistanischen Taliban, bekannt als „Tehreek-e-Taliban Pakistan“ (TTP), einer mit den afghanischen Taliban verbündeten Gruppe, ins Visier genommen. Pakistan wirft der Taliban-Regierung in Kabul vor, die TTP zu beherbergen und zu schützen, die zahlreiche Anschläge in Pakistan verübt hat. Kabul weist hingegen alle Vorwürfe zurück.

Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern haben sich seit der Rückkehr der Taliban an die Macht in Kabul im Jahr 2021 verschlechtert, und auch in den letzten Monaten herrschte latente Spannung: Zwischen Januar und September 2025 wurden bei verschiedenen Zusammenstößen über 500 Menschen (darunter 311 Soldaten und 73 Polizisten) getötet.

(PA) (Fides 15/10/2025)

Peru: Erster Amazonas-Wassergipfel der katholischen Kirche

"Wir sind Wasser, wir sind Leben, wir sind Hoffnung"

Iquitos (Fides) – Über 400 Delegierte kamen drei Tage lang in Iquitos, der größten Stadt im peruanischen Amazonasgebiet, zum ersten Amazonas-Wassergipfel zusammen, um über den Schutz des Wassers als grundlegendes Menschenrecht und Gemeingut zu diskutieren. Vertreter verschiedener Gemeinschaften und Organisationen, darunter indigene Völker, Bauerngemeinschaften, Quilombolas, soziale Organisationen, religiöse Führer und Vertreter der Zivilgesellschaft aus 10 Ländern und 14 Regionen Perus diskutierten in einem Klima der Interkulturalität und Solidarität unter dem Motto „Wir sind Wasser, wir sind Leben, wir sind Hoffnung“ im Einklang mit dem Appell für das Recht auf Wasser und unter Bezugnahme auf wichtige Dokumente wie „Querida Amazonia“, „Laudato Si“ und „Laudate Deum“.

Es war eine Veranstaltung voller Symbolik und Engagement für den Schutz der Amazonasflüsse unter der Leitung der Abteilung für Wasser des Apostolischen Vikariats Iquitos.

Auf der Tagesordnung standen Themen wie Bergbau, Entwaldung und zunehmende Umweltverschmutzung sowie die Widerstandsfähigkeit der indigenen Völker und religiösen Gemeinschaften beim Schutz des Lebens. Dabei wurde auch auf das Paradoxon des Mangels an Trinkwasser in einer an Süßwasser reichen Amazonasregion hingewiesen. „Die Regierungen betreiben eine Politik der Ausrottung“, erklärte der Erzbischof von Lima, Carlos Castillo, und fügte hinzu, dass jeden Tag mehr Menschen protestieren. Der Prälat berichtete außerdem über das Zeugnis eines indigenen Führers über die systematische Vergiftung der Bevölkerung durch Ölverschmutzungen. Als Reaktion auf diese Situation rief Erzbischof Castillo zu einer Transformation im Zeichen der Wiedergeburt der Bevölkerung auf.

„Es sind viele Menschen gekommen, die dieses für den Planeten so wichtige Biom erhalten wollen und ihre Hoffnung, ihr Leben und ihre Energie in den Dienst dieses Gemeinwohls stellen, das der Amazonas ist“, sagte der Bischof von Iquitos, Miguel Angel Cadenas, Hauptorganisator des Gipfels, beim gemeinsamen Schlussgottesdienst. „Die Kirche will zuhören. Wir müssen einander zuhören, um ein würdiges Leben für alle zu ermöglichen“, betonte er.

Während des Gipfels wurden bewegende Berichte über die Auswirkungen der Verschmutzung auf die Flüsse vorgelegt. Die Teilnehmer bekräftigten, dass Wasser ein „heiliges Gut“ ist, und verpflichteten sich, es zu schützen, um die Harmonie der Ökosysteme des Amazonasgebiets und ihrer menschlichen und nicht-menschlichen Bewohner zu gewährleisten. Unter den Teilnehmern war auch der emeritierte Erzbischof von Huancayo, Kardinal Pedro Barreto, der betonte, dass die katholische Kirche seit jeher eine Verfechterin der Schöpfung Gottes sei. „Seit elf Jahren arbeiten wir in einem länderübergreifenden kirchlichen Netzwerk. Wir haben eine Amazonas-Kirchenkonferenz, die alle neun Amazonasländer umfasst. Es gibt eine gemeinsame Anstrengung der Kirche, sich nicht nur innerhalb der streng kirchlichen Bereiche, sondern auch mit der Unternehmens- und Sozialwelt zu koordinieren.“

Die Abschlusserklärung des Gipfels prangert die Umwelt- und Sozialkrise an, die das Leben und das territoriale Gleichgewicht bedroht, und hebt in diesem Zusammenhang Probleme wie Bergbau, Ölförderung, Drogenhandel und Rohstoffabbau hervor, die die Umweltverschmutzung und den Klimawandel verstärken. Es wird auch darauf hingewiesen, dass die Gleichgültigkeit der Regierungen und destruktive Politik die Situation verschärfen und sie mit der organisierten Kriminalität verbinden.

Am Ende der Abschlussmesse wurde bekannt gegeben, dass das Vikariat Puerto Maldonado den zweiten Wassergipfel im Amazonasgebiet zu einem noch festzulegenden Termin ausrichten wird.

(AP) (Fides 16/10/2025)

Russland: Christlicher Radiosender kann weiter senden

(Licht im Osten) Wir hatten sie im Sommer darum gebeten, für die Verlängerung der Sendelizenz für einen christlichen Radiosender zu beten. Danken Sie mit uns unserem Herrn,

- dass er das Wunder geschenkt hat, dass eine Verlängerung der Sendelizenz für weitere zehn Jahre genehmigt worden ist.
- Bitte beten Sie dafür, dass die Glaubensgeschwister von Gottes Geist bei der Gestaltung der Programme geleitet werden. Die Sendungen werden 24 Stunden am Tag und sieben Tage die Woche ausgestrahlt. Es werden dringend Mitarbeiter für die Gestaltung der

Webseite und einer Smartphone-App für diesen Radiosender benötigt. **Bitte beten Sie,**

- dass der Herr dafür fähige und an Christus hingeebene Mitarbeiter schenkt.

Russland: Gottes Nähe im Schmerz

(AVC) »Auf der einen Seite freuen wir uns über Menschen, die sich bei unseren Evangelisationen für Jesus entscheiden. Auf der anderen Seite mussten wir kürzlich einen 15-jährigen Jungen beerdigen, der an einer Überdosis Drogen gestorben ist.« So schildert Pastor Alexander, Leiter der Gemeinde in Berjosowka, die Realität seines Dienstes. Solche tragischen Momente sind leider keine Ausnahme. Was sagt man den Eltern, den Angehörigen in so einer Situation? Wie kann man trauern und gleichzeitig das Evangelium mit Freude verkünden?

Unser Partner lebt genau in dieser Spannung. Und er hält sie aus. Denn er sieht, dass aus Schmerz auch Hoffnung wachsen kann. Nach einer anderen Beerdigung kam eine Frau auf das Gemeindeteam zu. Sie war tief berührt von den würdevollen Worten des Pastors und spürte zugleich eine Hoffnung, die durchklang. Ein weiteres Beispiel ist ein stadtbekannter Mann, der einst als »untauglich« galt. Doch als Christen ihm mit Liebe begegneten, geschah etwas in seinem Inneren. Heute gehört er zum Mitarbeiterkreis der jungen Gemeinde.

Heute beten wir...

- ... für Freiheit von Depression und Hoffnungslosigkeit in Berjosowka,
- ... für Trost und Hoffnung für die Familien, die Angehörige verloren haben,
- ... dass Menschen sich bei dem Konzert für Jesus entscheiden.

Diese kleine Gruppe, gerade einmal acht Personen, bereitet sich nun auf eine neue Evangelisation vor. Diesmal soll ein Lobpreiskonzert in der Gemeinde stattfinden. Auch wenn wir aus dem Ausland keine Lieder auswählen oder Menschen direkt einladen können, sind wir Teil der Vorbereitung. Denn das Wichtigste ist: das Gebet.

Sudan: Hilfe für Gehörlose

Comboni Missionare wollen Kommunikation mit gehörlosen oder schwerhörigen Menschen erleichtern

Khartum (Fides) – Man wolle von Inklusion, Kommunikation und Bewusstsein im Sudan, insbesondere unter Lehrern und Lehrerinnen, Familien und Organisationen, die Gemeinschaften von gehörlosen oder schwerhörigen Menschen unterstützen, fördern. Dies schreibt der Comboni Missionar, Pater Jorge Naranjo, über eine neue Webplattform, die die Missionare für den Unterricht der sudanesischen arabischen Gebärdensprache entwickeln. Ziel sei es, die Kommunikation mit gehörlosen oder schwerhörigen Menschen zu erleichtern. Die Website, die vom „Comboni College of Science and Technology“ (CCST) betreut wird, ist darauf ausgerichtet, die Sprache mithilfe multimedialer Ressourcen zu vermitteln, und richtet sich an arabischsprachige sudanesischen Nutzer und Nutzerinnen, die sie aus persönlichen, beruflichen oder bildungsmäßigen Gründen erlernen möchten. Darüber hinaus wird sie den Zugang zu akkreditierten Übersetzern und Übersetzerinnen der „Sudan National Union of Deaf Persons“ erleichtern, sodass Institutionen Menschen mit Hörproblemen leichter in ihre Aktivitäten einbeziehen können. Die Aufzeichnung der Videolektionen begann am 30. September mit einem akkreditierten Übersetzer der „Sudan National Union of Deaf Persons“.

Pater Naranjo ist Rektor des „Comboni College“ in Khartum (CCK). Im Jahr 2023 war die Einrichtung vom Ausbruch des Bürgerkriegs betroffen. Obwohl sie noch steht, war der Hauptsitz zum Epizentrum der Gefechte geworden. So blieb Khartum zwar im Namen erhalten, aber die Aktivitäten nahmen mit der Einführung von E-Learning-Programmen eine andere Form an.

Das CCK wurde 1929 ursprünglich als Sekundarschule mit dem Ziel gegründet, die Bildungsmission des heiligen Daniele Comboni fortzusetzen. Seitdem hat sich das College zu einer multireligiösen und internationalen Einrichtung mit Sitz in der Hauptstadt Khartum entwickelt, die sowohl christliche als auch muslimische Schüler aufnimmt. Auf Wunsch der Eltern, die für ihre Kinder eine auf den Grundsätzen der Schule basierende Kontinuität in der Bildung wünschten, wurde 2001 das „Comboni College of Science & Technology“ eröffnet, um eine integrative Gesellschaft zu fördern, in der jeder Einzelne nach geistlicher und beruflicher Exzellenz strebt. „Fast die Hälfte der Schüler und der Großteil des Lehrpersonals sind muslimischen Glaubens“, berichtete Pater Naranjo in der Vergangenheit. „Gemeinsam versuchen wir, unsere Jugendlichen zu einem Dienst zu erziehen, der ihre kulturelle Vielfalt integriert und sozialen Zusammenhalt schafft, insbesondere mit denen, die in den Vororten der Hauptstadt leben, denen, die aus den Randgebieten des Landes (Darfur, Nuba-Berge, Kasala...) zu uns kommen, oder den Flüchtlingen aus Eritrea oder dem Südsudan.“

Das Land lebt wird weiterhin von Konflikten und Unsicherheit gekennzeichnet. Die jüngste Geschichte ist geprägt von internen Konflikten, die 2011 zur Unabhängigkeitserklärung des Südsudans und 2023 zum Ausbruch eines Bürgerkriegs führten, in dem sich zwei bewaffnete Gruppen gegenüberstehen: die sudanesischen Streitkräfte und eine von der regulären Armee abgespaltene paramilitärische Gruppe, die „Rapid Support Forces“, die derzeit von Mohamed Hamdan Dagalo befehligt wird.

(AP) (Fides 13/10/2025)

Ukraine: Gemeindeleben unterbrochen

(Licht im Osten, Sergej G. Kiew), der in der Gemeindegründungsarbeit in der Ukraine im Einsatz ist, hat uns berichtet: Da die russischen Truppen im Osten des Landes immer weiter am Vorrücken sind, konnten dort vier Gemeinden ihr Gemeindeleben nicht weiter fortsetzen. Die Pastoren mussten mit ihren Familien in die Zentralukraine fliehen. Hier wollen sie nun vor allem unter Binnenflüchtlingen, die ebenfalls dorthin umgesiedelt sind, neue Gemeinden gründen. **Bitte beten Sie.**

- > dass unser Herr die Pastoren an Orte führt, wo Menschen mit offenen Herzen für das Evangelium sind.
- > dass die Pastoren an diesen Orten Menschen für ein Leben mit Christus und den Trost in ihm gewinnen und mit einer neuen Gemeindearbeit beginnen können.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]